



EDITORIAL

Bernd Hertweck
Vorstandsvorsitzender

Die mediale Aufregung war groß: Das Baukindergeld schaffe nicht mehr Wohnraum. Es unterstütze in neun von zehn Fällen „nur“ den Erwerb von Wohneigentum. Das habe man jetzt amtlich von der Bundesregierung. Was zu kurz kam: Die Zahlen bezogen sich lediglich auf den Zeitraum September bis November 2018. Wer hatte da anderes erwartet? Anträge können schließlich erst nach (!) Einzug in die Wohnimmobilie gestellt werden.

Die Bundesregierung rechnet folglich für das kommende Jahr „mit einem Anstieg der Anträge für den Neubau von Wohneigentum“. Vor allem aber: Ziel des Baukindergelds ist erklärtermaßen, den Ersterwerb von Wohneigentum für Familien mit Kindern und Alleinerziehende zu fördern. Egal, ob neu oder gebraucht. Wohl wissend, dass auch diejenigen, die etwas Gebrauchtetes kaufen, in der Regel eine kleinere und preiswertere Mietwohnung freimachen.

Natürlich hilft das Baukindergeld nicht in München-Schwabing oder am Killesberg in Stuttgart. Aber es hilft am Stadtrand und in ländlichen Regionen. In Gegenden, die für Familien gerade noch bezahlbar sind, schließt das Baukindergeld kurzfristig eine Lücke.

Langfristig hilft nur ausreichendes Eigenkapital. Das muss angespart werden. Unterstützt durch verbesserte Sparanreize für Normalverdiener. Weil die Einkommensquote junger Familien mit mittleren Einkommen seit Jahren sinkt. Worauf warten wir noch?

Bernd Hertweck

Wissenschaftspreis der privaten Bausparkassen

– Chance für Nachwuchswissenschaftler –

Auch 2019 werden die privaten Bausparkassen wieder den Werner Lehmann-Preis für Nachwuchswissenschaftler vergeben.

Zugelassen sind Diplom- oder Masterarbeiten, Dissertationen und Habilitationen im Themenspektrum Wohnen, Bauen und Finanzieren. Angenommen werden Arbeiten, die nach dem 31. Juli 2017 abgeschlossen sowie abschließend wissenschaftlich bewertet worden sind. Die Unterlagen sind bis zum 31. Juli 2019 bei der Geschäftsstelle des Verbandes in Berlin einzureichen. Voraussetzung für die Teilnahme ist außerdem, dass die Teilnehmer bei Fertigstellung der Arbeit nicht älter als 35 Jahre waren.

Der 1. Preis ist mit 5.000 Euro dotiert, der 2. Preis mit 4.000 Euro, der 3. Preis mit 2.500 Euro und der 4. bis 10. Preis mit je 1.000 Euro. Zusätzlich erhält die wissenschaftliche Institution, bei der die mit den drei ersten Preisen ausgezeichneten Arbeiten angefertigt wurden, denselben Betrag wie die Preisträger zur Förderung ihrer weiteren Forschung. ■

Weitere Informationen unter:
www.bausparkassen.de/Wissenschaftspreis.

13. WISSENSCHAFTSPREIS

der privaten Bausparkassen

„WERNER LEHMANN-PREIS“

Bauen · Wohnen · Finanzieren



Jetzt bewerben!

1. Preis: 5.000 €

Gesamtpreise: 18.500 €

Einsendeschluss: 31. Juli 2019

Weitere Informationen: www.bausparkassen.de

INHALT

„Konzentration auf Wettbewerbshemmnisse und Klarstellungen bei der Kreditvergabe“ – Interview	2	Mehr Baufreiheit für Baugemeinschaften in Hamburg	3	Wohin es jüngere Jahrgänge und Familien zieht	7
		Von Suburbaniten und anderen Familienwanderern, die die Stadt hinter sich lassen – Interview	6		

INTERVIEW

„Konzentration auf Wettbewerbshemmnisse und Klarstellungen bei der Kreditvergabe“

EU-Kommission diskutiert Verbraucherkreditrichtlinie

Interview mit Christian König, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Privaten Bauparkassen und Geschäftsführender Direktor der Europäischen Bausparkassenvereinigung.

Die EU-Kommission hat jetzt eine Diskussion über eine Reform der Verbraucherkreditrichtlinie gestartet. Das betrifft auch die Baufinanzierung. Dabei liegt die Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie nicht lange zurück. Hat man dort nicht anderes zu tun?

Doch. Aber es ist nun einmal beschlossen worden, solche Richtlinien eigentlich fünf Jahre nach Verabschiedung auf den Prüfstand zu stellen. Diese ist aus dem Jahr 2008 und daher nun nach Auffassung der Kommission reformbedürftig.

Nach der Reform ist vor der Reform ist nach der Reform... Wäre weniger hier nicht mehr?

Darlehensvorschriften sollten sich eigentlich nicht alle paar Jahre ändern. Wenn sie aber schon in Europa auf den Prüfstand kommen, müssen auch die tatsächlichen Hindernisse für einen grenzüberschreiten-

den Wettbewerb im Fokus stehen. Außerdem sind Regeln zur Kreditvergabe klar und praxisgerecht zu formulieren. Nur das schafft die notwendige Rechtssicherheit für Kreditinstitute und Verbraucher.

Der europäische Binnenmarkt besteht mittlerweile seit über 25 Jahren. Trotzdem werden heute weniger als 7 Prozent der Verbraucherkredite grenzüberschreitend abgeschlossen. Hauptgrund dafür sind Sprachbarrieren. Ändern Regulierungen daran etwas?

Nein. Gleichwohl könnte die Zahl der grenzüberschreitenden Verträge höher sein. Dazu muss die EU allerdings von ihr selbst geschaffene Barrieren abbauen.

Die da wären...?

Nach geltendem Recht hat der Verbraucher trotz unzähliger Verbraucherschützender Maßnahmen nicht die Rechts-



Christian König

Foto: VdPB

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

wahlfreiheit, einen Kreditvertrag mit anderen Konditionen eines Kreditgebers im EU-Ausland abzuschließen. Kreditinstituten ist es nach wie vor untersagt, Verträge nach ihrem Heimatrecht Bürgern in einem anderen EU-Land anzubieten. Dies begrenzt die wünschenswerte Vielfalt. Im Warenverkehr gibt es diese Barrieren schon lange nicht mehr.

Und was meinen Sie mit „praxisgerechten Regeln bei der Kreditvergabe“?

Vor allem Präzisierungen bei den Bestimmungen zur Kreditwürdigkeit. Einheitliche Grenzwerte für Einkommen und Höhe der Schuld machen bei den Ein-

kommensunterschieden in der EU keinen Sinn. Wichtig wäre, klar zu stellen, dass bei der Berechnung der Tragfähigkeit der Kreditverbindlichkeiten das Haushaltseinkommen heranzuziehen ist – nicht das individuelle Einkommen des Kreditnehmers. Außerdem verfehlen zur Zeit die Vorgaben zu Fremdwährungskrediten, die zwischen Einkommens- und Wohnsitzwährung differenzieren, ihren Schutzzweck und führen ungewollt zur Ausgrenzung von Grenzpendlern.

An anderer Stelle haben Sie erklärt, dass sich aufgrund der Niedrigzinsproblematik für den europäischen Gesetz-

geber auch neue Fragen stellen würden. Welche denn?

Zum Beispiel, ob – und wenn ja: wie – grundsätzlich auch Negativzinsvereinbarungen möglich sein sollen? Die Rechtsprechung einzelner Mitgliedstaaten ist hier zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen. Und welche Bestandteile darf ein dem europäischen Leitbild entsprechender Darlehensvertrag haben? Zinsen und Gebühren, beides eingerechnet in den effektiven Jahreszins – das ist heute zum Beispiel in Österreich möglich. In Deutschland nicht. Dieser Widerspruch ist aufzulösen. ■

Terminhinweis



„Baufinanzierung im Spannungsfeld von Regulatorik, Niedrigzinsen und Digitalisierung“ – unter diesem Motto findet am 17./18. Oktober 2019 in Prag der XIX. Europakongress der Europäischen Bausparkassenvereinigung statt. Er bietet den Teilnehmern Einblicke in aktuelle Markttrends und informiert über Wege, die in verschiedenen Ländern zur Bewältigung bestehender Herausforderungen beschrritten werden.

Details zum Programm und zur Anmeldung finden Sie unter <https://www.efbs.org/de/kongresse>.

WOHNUNGSBAU

Mehr Baufreiheit für Baugemeinschaften in Hamburg

Beim Wohnungsbau in der Elbmetropole steuern Baugemeinschaften neue Ideen und neue Nachbarschaften bei. Auch Traditionsgenossenschaften sind in wieder wachsender Zahl mit an Bord.

Kurs halten beim Wohnungsbau. Bei ihrer Strategie für bezahlbares Wohnen und mehr Zusammenhalt in der Stadt setzt die Elbmetropole verstärkt auch auf gemeinschaftsorientierte Projekte. Bis zu 20 Prozent der städtischen Wohnbauflächen sollen nach dem Willen der Stadt an Baugemeinschaften gehen. „Das kann im Mietwohnungsbereich sein – wo Baugruppen in der Regel als Genos-

schaften oder unter dem Dach einer Genossenschaft bauen – oder im Eigentum“, so Dr. Tobias Behrens, Geschäftsführer der Stadtbau Hamburg, die als Stadtentwicklungsgesellschaft solche Vorhaben initiiert und begleitet.

Bezogen auf die neuen großen Stadtentwicklungsgebiete Oberbillwerder mit bis zu 7.000 Wohnungen und Wilhelmsburg

mit rund 5.000 Wohnungen wäre das nach seinen Worten ein Quantensprung. Denn Bauland ist auch in der Hansestadt ein rares und deshalb teures Gut.

Kleine Freiheit fürs Quartier

Generell hat bei der in Hamburg gängigen Vergabepaxis für städtische Wohnbaugrundstücke jedoch nicht der Bau-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

herr mit dem höchsten Gebot die besten Karten, sondern derjenige mit dem besten Konzept für das Quartier. Das profitiert dann unter anderem von Gemeinschaftsräumen, die gleichzeitig entstehen und als Begegnungs- oder kleines Kulturzentrum in die Nachbarschaft ausstrahlen. Jüngstes Beispiel, auf das sich Behrens bezieht – die „Kleine Freiheit“: ein genossenschaftliche Wohnprojekt mit Bioladen und Café und öffentlich zugänglichen Außenanlagen im begehrten, aber auch mit einer Reihe von Problemen belasteten Stadtteil St. Pauli.

In Nachbarschaft der Genossenschaftswohnungen entstanden in einer ehemaligen Schule auch Eigentumswohnungen.

Viele der kleinen Baugruppen verbinden ihre Wohnprojekte zudem mit einem sozialen Anliegen wie der Integration und Inklusion solcher Gruppen, die es besonders schwer am Wohnungsmarkt haben. „Es gibt Kooperationen mit Behindertenträgern oder Frauenhäusern oder mit Vereinen, die sich um psychisch kranke Menschen kümmern. Für sie sind in

den Häusern der Baugemeinschaften Wohnungen reserviert“, so Behrens. Das Integrationskonzept sei immer auch ein wichtiger Bestandteil der Konzeptausarbeitung für städtisches Wohnbauland.

Hohe Einstiegshürden

Seit 2012 stützt sich Hamburg auf die Konzeptvergabe, die den Quartieren zu einer höheren Wohnqualität und den Bewohnern zu günstigeren Miet- und Eigentumswohnungen verhelfen soll – bezogen allerdings auf ein immer noch



Momentaufnahme aus der Bauphase eines genossenschaftliches Wohnprojekts in Hamburg-Eppendorf. Hinter der historischen Fassade des ehemaligen Krankenhauses entstand eine komplett neue Gebäudestruktur, ergänzt um neue Gebäude auf dem Areal. Daneben die Modellansicht. Foto/Modellansicht: BVE



„Kleine Freiheit“, genossenschaftliches Wohnprojekt mit Bioladen und Café im angesagten Hamburger Stadtviertel St. Pauli



Fertiggestellt 2005, integratives genossenschaftliches Wohnprojekt in Hamburg-Eidelstedt
 Fotos: Stattbau Hamburg

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

sehr hohes Preisniveau. Insbesondere für die kleinen und oft kapitalschwachen Baugemeinschaften sind die Einstiegshürden nach Behrens Beobachtung deshalb nach wie vor sehr hoch. Wer zum Beispiel als Mieter in eine 60 Quadratmeter große neugebaute Genossenschaftswohnung einziehen will, muss – bei einem durchaus nicht unüblichen genossenschaftlichen Anteil von 800 Euro pro Quadratmeter – rund 50.000 Euro als Einlage mitbringen, rechnet Behrens vor. Beim Neubauprojekt mit einer Traditionsgenossenschaft seien es im Durchschnitt 60 Euro pro Quadratmeter. Das erklärt nach seiner Einschätzung, weshalb es derzeit für viele der kleinen Baugemeinschaften so interessant ist, zusammen mit einer Traditionsgenossenschaft zu bauen. „Die finanziellen Anforderungen sind viel geringer.“

Vor verschlossenen Türen

Dass sie dort offene Türen finden, war nicht von Anfang an so. Noch in den 90er-Jahren hatten viele der innovativen Wohnprojekte vergeblich angeklopft und – um ihr Vorhaben umzusetzen – letztlich eigene Genossenschaften gegründet. Die anfänglichen Berührungsängste, für Behrens resultierten sie daraus, dass die genossenschaftliche Idee des Miteinanders in den Traditionsgenossenschaften mit den Jahren teils aus dem Blick geraten war. In jüngster Zeit haben sich

die „großen Tanker“, nicht zuletzt durch den Zustrom neuer Mitglieder, jedoch neu eingenordet.

Neue Nachbarn

Die Baugenossenschaft Hamburger Wohnen gehörte demnach mit zu den ersten, die sich für ein integratives Projekt öffnete und seit 2005 in Hamburg-Eidelstedt Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen mehr als ein Dach über dem Kopf gibt.

Ein aktuelles Beispiel, das Behrens erwähnt, steht in Hamburg-Eppendorf auf vormaligem Krankenhausgelände. Dort hat der Bauverein der Elbgemeinden eG, mit 14.000 Wohnungen Hamburgs größte Genossenschaft, gebaut: 56 Wohnungen für die Mitgliedschaft sowie weitere 24 Wohnungen für eine Baugemeinschaft älterer Menschen. Eingezogen in das Gebäudeensemble ist auch eine Tagespflege für Menschen mit Demenz und eine ambulant betreute Wohn-Pflege-Gemeinschaft sowie mehrere soziokulturelle Einrichtungen.

Mit Gewinn aus dem Vollen schöpfen

Kleine Genossenschaften als Innovationspool. Mit ihnen im Boot haben die Großen mehr Chancen auf den Zuschlag für städtische Flächen.



Dr. Tobias Behrens, Geschäftsführer Stattbau Hamburg
Foto: Stattbau Hamburg

Ein weiterer Aspekt, auf den der Stattbau-Geschäftsführer verweist: „Die großen Genossenschaften sind gut situiert, ihre Wohnungsbestände entschuldet. Sie haben genügend finanzielle Mittel und Tausende Mitglieder auf den Wartelisten.“ Das Geld auf der Bank anzulegen, bringe bekanntlich keine Zinsen. „Auch deshalb wollen viele bauen und bewerben sich intensiv um Grundstücke in Hamburg.“ Die Stadt wolle künftig auch verstärkt Wohnbauflächen in Erbpacht vergeben, um die Einstiegskosten für den Wohnungsbau zu senken. Der Erbbauzins hierfür wurde 2017 von fünf auf zwei Prozent gesenkt. ■



Aktualisierung

Die Broschüre „Bausparen lohnt sich“ wurde jetzt aktualisiert. Darin findet sich Wissenswertes rund um diesen Weg des Eigenkapitalaufbaus und der Zinsabsicherung. Eine Online-Version kann unter www.bausparkassen.de heruntergeladen werden. Sie findet sich gleich auf der Startseite.

Einzel Exemplare der gedruckten Version können kostenlos gegen Zusendung des Rückports in Höhe von 1,45 Euro bestellt werden.



Hürden am besten gleich vermeiden

– Aktualisierte Broschüre zum altersgerechten Bau und Umbau –

Vier von fünf Eigentümern möchten den Ruhestand in den eigenen vier Wänden erleben. Wer sein Eigenheim bis ins hohe Alter in vollem Umfang nutzen will, sollte rechtzeitig vorsorgen: am besten schon bei der Planung oder dem Kauf der Immobilie oder durch den barrierefreien Umbau. Barrierefreiheit ist aber nicht nur für ältere Menschen wichtig. Denn eingeschränkte Mobilität ist keine Frage des Lebensalters. Auch junge Familien mit kleinen Kindern profitieren davon. Welche Maßnahmen kann man ergreifen? Wie teuer sind diese? Wie kann man sie finanzieren und sich staatliche Hilfen sichern? Antworten auf diese Fragen finden sich in der aktualisierten Broschüre „Barrierefrei umbauen und bauen – mehr Lebensqualität für alle.“

Die Broschüre kann unter www.bausparkassen.de/Service/Ratgeber und Broschüren herunter geladen werden. Einzel-exemplare werden kostenlos gegen Zusendung eines mit 1,45 Euro frankierten Rückumschlags abgegeben. Die Adresse findet sich im Impressum.

INTERVIEW

Von Suburbaniten und anderen Familienwanderern, die die Stadt hinter sich lassen

In den Städten wird es eng, im ländlichen Raum leer. Weil vor allem jüngere Jahrgänge wegziehen. Ein gängiges Erklärungsmuster im Zusammenhang mit demografischem Wandel und aktueller Wohnungsmarktsituation. Beim näheren Blick auf die Wanderungsströme in Deutschland zeigt sich allerdings ein differenzierteres Bild mit wechselnden Mustern. Dazu das Interview mit Antonia Milbert vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), die dort zu Raumentwicklung und Wanderungsbewegungen forscht.

Weg vom Land rein in die Stadt. Wie stark ist dieser Trend gegenwärtig?

Zunächst grundsätzlich: Es gibt immer – vielleicht nicht in jeder kleinen Gemeinde, aber sonst überall – sowohl Menschen, die zuwandern als auch solche, die abwandern. Und das in allen Altersgruppen. Deshalb ist es auch nie nur immer eine Richtung, in der Menschen wandern. Das führt uns dann zu der Frage, was überwiegt: Fortzüge oder Zuzüge, das heißt: Was bleibt im Wanderungssaldo übrig? Das ist je nach Altersgruppe verschieden.

Ein Indiz findet sich ja oft auch schon im Straßenbild, was in Großstädten an vielen Stellen von jüngeren Altersgruppen geprägt wird.

Auf die Altersgruppe 18 bis 25 Jahre trifft das tatsächlich zu. Hier überwiegt ganz eindeutig der Trend vom Land in die Stadt, hauptsächlich zur Ausbildung oder zum Studium. Es ist im Übrigen die mobilste Altersgruppe – bezogen auf den hohen Anteil derjenigen, die faktisch als Bildungswanderer unterwegs sind: jährlich und bundesweit rund zwölf Prozent. Es ist zugleich die einzige Altersgruppe, wo Metropolen wie Berlin und München im Saldo der Binnenwanderung noch sehr deutlich Einwohner gewinnen.

Wie sieht es denn in den anderen Altersgruppen aus?

Auch bei den 25- bis unter 30-Jährigen – das sind in der Regel die Berufseinsteiger und die Jahrgänge, die bald eine Familie



Antonia Milbert, BBSR

Foto: Klaudia Hoffmann

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 5

gründen – überwiegt die Richtung vom Land in die Stadt. Wobei, hier muss das nicht unbedingt die Stadt direkt, es kann auch das Umland sein. Der Zuzug von Berufseinsteigern in die großen Städte ist 2016 deutlich abgeflaut.

Haben Sie eine Erklärung dafür?

Meine Vermutung: Viele der Berufseinsteiger haben es aufgrund der Mietpreissituation in den großen Städten dort gar nicht erst versucht. Oder, wenn sie nicht fündig wurden, haben sie ihre Wohnungssuche in die Umlandkreise verlagert. Ob das jetzt tatsächlich ein Trendbruch ist, hier bleibt die Auswertung der Jahre 2017 und 2018 abzuwarten. Nur weil die Wanderungsbewegung einmal abgestürzt ist, kann man noch nicht von einer Trendwende sprechen.

Was ist mit den Familien? Da hört man mitunter sehr Widersprüchliches. Landflucht, Stadtflucht. Was stimmt denn nun?

Bei den Familien – hierunter fassen wir die Elterngenerationen von 30 bis 50 Jahre und Kinder unter 18 Jahre – überwiegt die Bewegung raus aus den Städten. Auch wenn es natürlich auch Familien mit einem anderen Lebensmodell gibt, die gerne in Städten leben.

München, Hamburg, Berlin – alle großen Städte haben in dieser Altersgruppe klare Verluste. Bis auf Leipzig und Erfurt, die hier gewinnen. Am stärksten von der Familienabwanderung profitieren die suburbanen Räume: die Umlandregionen, die direkt an die Großstadt grenzen. Wo Familien passenden Wohnraum finden, ein Haus bauen können, gleichzeitig aber ihren Arbeitsplatz weiter in der Großstadt haben und bereit sind, dahin im Schnitt 30 bis 50 Kilometer zu pendeln. Das sind die klassischen Suburbaniten, wie wir sie nennen. Darüber hinaus gibt es aber auch Familien, die noch weiter ins Umland, das heißt in die ländlichen Regionen abwandern.

Lässt sich bei dieser Abwanderung von Familien in ländliche Räume eine bestimmte Tendenz ausmachen, wie weit dies im Radius reicht oder welche Gegenden bevorzugt werden?

Man könnte es als den zweiten Ring um die Stadt bezeichnen, noch einmal 50 Kilometer hinter den Umlandkreisen der großen Städte. Ziel der Familienwanderer sind dabei solche ländlichen Regionen, die an Verkehrs-Trassen liegen. Wo man zwar weit pendeln muss, aber durch Fernverkehrsstraßen oder Schienenverkehr trotzdem schnell von A nach B kommt. Ganz gut sieht man das zum Beispiel in Bayern, den Regionen an den Strecken zwischen München und Augsburg oder Nürnberg, Rosenheim und München. Auch die landschaftliche Attraktivität spielt eine Rolle – aber immer in der Kombination mit Arbeit, die man dort findet und auch gut erreichen kann. Insofern sind dann zum Beispiel auch Küstenregionen ein Ziel dieser Gruppe, um sesshaft zu werden. ■

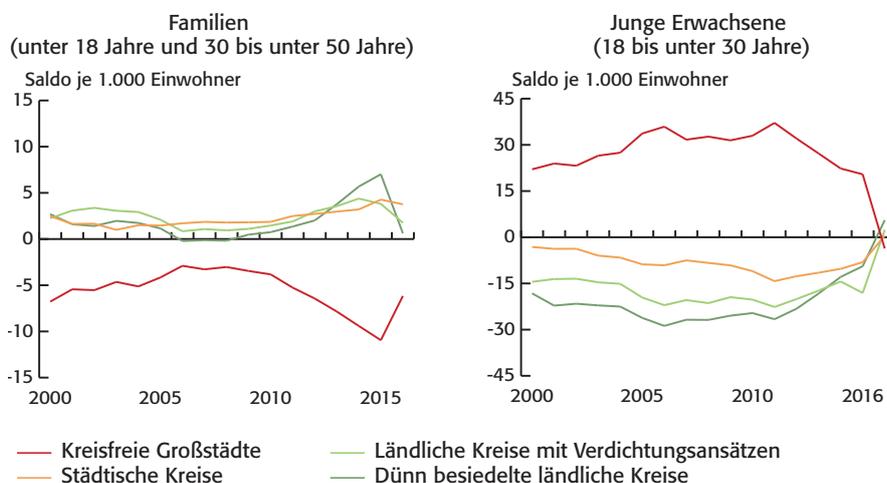
WOHNPRÄFERENZEN IN DEUTSCHLAND

Wohin es jüngere Jahrgänge und Familien zieht

Nebenstehende Karten und Grafiken zeigen die Binnenwanderungen der Familien und der jungen Erwachsenen in Deutschland.

Wie aus den beiden Grafiken ersichtlich, verzeichneten Großstädte über den gesamten Zeitraum seit 2000 durch Wanderungen einen Verlust an Bevölkerung der Familien. Er war in den Jahren 2003 bis 2010 nur nicht so deutlich negativ wie in den Jahren davor und danach. Erkennbar ist auch der enorme Zuzug durch junge Erwachsene, der 2015/16 rapide einbricht. Die Karte (Seite 8 rechts) verdeutlicht mit roter Einfärbung die Regionen, in denen der Saldo der Familienwanderungen besonders hoch ist: nämlich im direkten

Binnenwanderungen von Familien und jungen Erwachsenen 2000 bis 2016



Quelle: Bevölkerungsfortschreibung und Wanderungsstatistik des Bundes und der Länder, Laufende Raumbearbeitung des BBSR

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

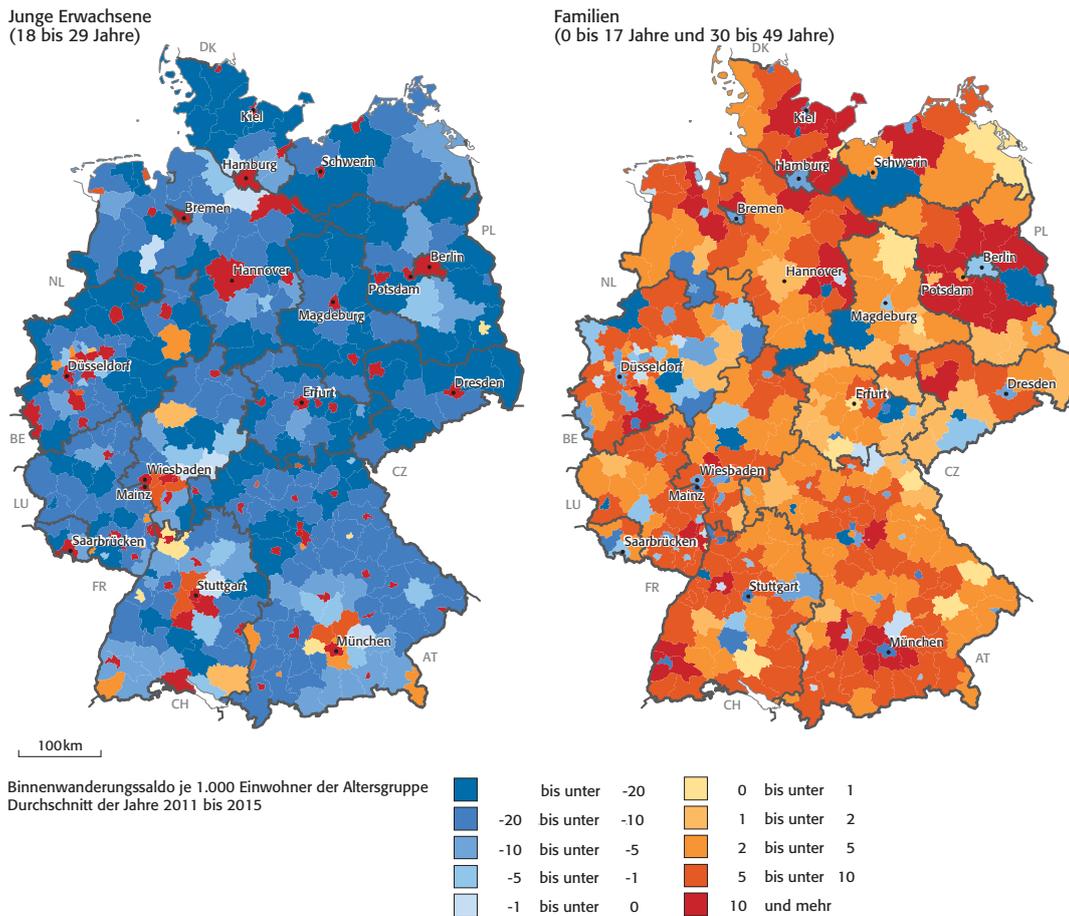
Umland der meisten Großstädte. Aber auch viele ländliche Regionen – nicht alle – haben Wanderungsgewinne bei den Familien. Dem gegenüber sind Städte wie München, Hamburg und Stuttgart, aber auch schon Berlin hier im Minus, die

Abwanderung überwiegt dort also. Zu den Ausnahmen mit Familienzuzug im Saldo gehören Leipzig und Erfurt.

Dagegen ist die Wanderung der jungen Erwachsenen von 18 bis 29 Jahren deut-

licher aus dem ländlichen Raum in die Städte und deren Umland gerichtet. Nur diese sind gelb und rot auf der blau eingefärbten Karte (links).

Binnenwanderungen junger Erwachsener und Familien im Vergleich



Datenbasis: Wanderungsstatistik des Bundes und der Länder, Laufende Raumbearbeitung des BBSR
 Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2016 © GeoBasis-DE/BKG

IMPRESSUM

Herausgeber:
 Verband der Privaten Bausparkassen e. V.
 Für den Inhalt verantwortlich: Alexander Nothaft
 Satz: Eins 64 Grafik-Design, Bonn

Anschrift der Redaktion:
 Klingelhöferstraße 4 · 10785 Berlin
 Telefon: (030) 59 00 91-523 · E-Mail: nothaft@vdpb.de
 Internet: www.bausparkassen.de